

„Erst Beratungen abwarten“

Die CDU-Mehrheit setzte sich in der **Nordkanal-Diskussion** durch: Einen Nachtragshaushalt zur **Entschlammung** des Gewässers wird es zum jetzigen Zeitpunkt nicht geben. Zunächst soll die **„Arbeitsgruppe Grundwasser“** der Staatskanzlei abwägen.

KAARST (barni) Die Entschlammung des Nordkanals war jetzt zentrales Thema im Haupt-, Finanz- und Vergabeausschuss: Der Förderkreis Holzbüttgen hatte beantragt, für einen Nachtragshaushalt beim Wasser- und Bodenverband Nordkanal zu sorgen, damit das Gewässer vom Schlamm befreit werden kann. Die SPD-Fraktion beantragte, der Rat möge ein solches Projekt beschließen. Die CDU setzte sich mit ihrer Mehrheit durch und folgte dem Verwaltungsvorschlag: Einen Nachtragshaushalt der Stadt Kaarst wird es zum jetzigen Zeitpunkt nicht geben. Zunächst sollen unter anderem die Beratungen der „Arbeitsgruppe Grundwasser“ der Staatskanzlei abgewartet werden.

Im Umweltausschuss, der am Donnerstagabend unmittelbar vor

dem Hauptausschuss im Bürgerhaus tagte, war Bürgermeister Franz-Josef Moormann bereits auf die Problematik eingegangen: „Die Kosten für eine Entschlammung des Nordkanals liegen nach uns vorliegenden Schätzungen zwischen 3,8 und 4,7 Millionen Euro – die Kosten für die Zwischenlagerung sind hierin noch nicht enthalten, sie werden bei rund einer Million Euro liegen.“ Moormann geht davon aus, dass bei einer Abtragung der 90 Zentimeter dicken Schlammschicht der Grundwasserspiegel um 30 bis 40 Zentimeter sinkt. Wie der Schlamm zu entsorgen sei, stehe noch nicht fest.

Sabine Kühl (SPD) hatte darauf hingewiesen, dass ab Mitte nächsten Jahres eine Verbrennung vorgeschrieben sei, wodurch die Kosten im Vergleich zu einer Deponierung

weiter steigen könnten. Moormann sieht auch keine Möglichkeit, die Kosten für die Entschlammung über die Abwassergebühren abzurechnen, was einer der betroffenen Bürger bedauert. Er machte folgende Rechnung auf: „Die Kosten von gut vier Millionen Euro würden pro Einwohner einen Betrag von rund 100 Euro ausmachen.“ Moormann wies auf folgende unterschiedliche Sichtweise hin: „Der Nordkanalverband nimmt für sich in Anspruch, bis jetzt immer alles prima gemacht zu haben – ich weiß, dass die Bürgerinitiativen da ganz anderer Meinung sind.“ Und er erinnerte daran, dass es sich um eine „Riesensumme“ handele. Die Verwaltung tendiere dazu, dass die Entschlammung eine Maßnahme des Verwaltungshaushalts sei – laut geltendem Haushalts-

recht können aber nur Maßnahmen des Vermögenssetats über Kredite finanziert werden. Unklar sei außerdem, ob die Entschlammung wasserwirtschaftlich erforderlich ist.

Ausschuss-Vorsitzender Herbert Hübner (SPD) warnte davor, sich auf einen Prozess einzulassen, der Entscheidungen auf unbestimmte Zeit verzögern könne. Moormann gestand: „Ich kann nicht ohne Einschränkungen sagen: Ich will auf jeden Fall den Nordkanal entschlammen.“ Falls keine wasserwirtschaftliche Verpflichtung hierfür bestehe, handele es sich um eine freiwillige Ausgabe. Und: „Fachleute sagen, es bestehe kein Bedarf für eine Entschlammung aus wasserwirtschaftlicher Sicht.“ Christian Gaumitz (Die Grünen) regte folgendes an: „Der nächste Stadtrat soll darüber ent-

scheiden.“ Norbert Kallen (CDU) meldete im Hauptausschuss Beratungsbedarf in seiner Fraktion an. Ulf Imiela (SPD) wies darauf hin, dass es nicht darum gehe, morgen mit der Schippe loszulegen, sondern darum, sich eindeutig zu positionieren. Vergeblich appellierte er an die Ausschussmitglieder, im Sinne der Glaubwürdigkeit klar Stellung zu beziehen. Die anwesenden und von der Grundwasser-Problematik betroffenen Bürger waren mit der Entscheidung, die Entschlammung zumindest zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zu beschließen, unzufrieden. Sie sehen derzeit offenbar die UWG, die Grünen und die SPD an ihrer Seite und geizten nach entsprechenden Wortmeldungen aus diesen politischen Lagern nicht mit Applaus.